

Protokoll

der 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 07. Juli 2009 im Bürgerhaus Rodheim

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr

Ende der Sitzung: 22:10

Zuhörer: 14

Anwesende Stadtverordnete:

CDU

Diemerling, Michael
Förster, Hans-Jürgen
Hafner, Annegret / Vorsitzende
Horlacher, Peter
Leonhardt, Erwin
Paduch, Harry bis 21:50 Uhr
Philippbaar, Astrid
Schnabel, Henrik
Schneiderbauer, Johann Baptist

SPD

Rathjens, Dr., Hans Peter
See, Herbert
Sill, Heinz
Stengel, Christian
Zeidler, Reinhard

FWG

Lamping, Christian
Sehr, Günter
Soff, Walter

puR

Launhardt, Cornelia
Schön, Norbert
Wyrwoll, Herbert

FDP

Hoffmann, Volker
Korger, Dr. Lothar

Bündnis 90/Die Grünen

Scholz, Peter
Quägber-Zehe, Betina

Stadtverordneter

Welker, Helge

Nichtanwesende Stadtverordnete:

CDU

Haupt, Emmi
Sommer, Michael

SPD

Becker, Irina
Launhardt, Dieter

FWG

Groetsch, Paul
Moscherosch, Hans-Albert

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Brechtel, Detlef
Stadträtin Horlacher, Heike
Stadtrat Bickel, Heinrich
Stadtrat Blöcher, Gottfried
Stadtrat Schöniger, Arndt
Stadtrat Veen, Wulf-Berend

Vom Magistrat waren nicht anwesend

Erster Stadtrat Datz, Wolfgang
Stadträtin Karehnke, Regina
Stadtrat Kayacik, Haci
Stadtrat Wenzel, Klaus

Schriftführer:

Kraus, Andreas

Die Stadtverordnetenvorsteherin, Annegret Hafner, eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, indem sie alle Anwesenden herzlich begrüßt. Sie weist darauf hin, dass zu der Sitzung mit Ladung vom 29. Juli 2009 ordnungsgemäß form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass mit der Einladung die Tagesordnung zugestellt wurde. Des Weiteren stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Änderungswünsche bezüglich des Protokolls der 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ergeben sich nicht. Es ist somit angenommen.

Aus der Beratung des Ältestenrates wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 4 (mit Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss), 5 (mit Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss), 6 (mit Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss), 8 (mit Überweisung an den Umwelt- und Planungsausschuss) und 9 (mit Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss) ohne Aussprache zu behandeln.

Dies wird von den Stadtverordneten so angenommen. Somit steht folgende Tagesordnung fest.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Bericht über die finanzielle Situation der Stadt
4. Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2009
hier: Fahrräder für den freiwilligen Polizeidienst
5. Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2009
hier: Nachruf für nicht mehr aktive verstorbene Mandatsträger
6. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009
hier: Gefahrenabwehrverordnung
7. Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.06.2009
hier: Vergabe von Aufträgen, Vergabebeschieunigungserlass
8. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009
hier: Skateboard-Anlage
9. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009
hier: Erfrischungsgeld für Wahlhelferinnen/Wahlhelfer
10. Antrag der SPD-Fraktion vom 23.06.2009
hier: Resolution: Keine Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches
11. Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.06.2009
hier: Situation Tennis-Center Rosbach

Zu TOP 1 Mitteilungen

Bürgermeister:

Der Bürgermeister verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen, die dem Protokoll beigelegt sind.

Haupt- und Finanzausschuss

Herr Christian Lamping berichtet aus der Sitzung vom 28.05.2009.
Folgender Tagesordnungspunkt wurde behandelt:

Grundstücksangelegenheiten
Verkauf des Baugrundstückes Gem. Ober-Rosbach
Flur 1, Nr. 1765/4, Hainerweg

Zu TOP 2 Kleine Anfragen

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

Zu TOP 3 Bericht über die finanzielle Situation der Stadt

Der Bericht des Bürgermeisters und Kämmerers über die finanzielle Situation der Stadt zum 30. Juni 2009 ist dem Protokoll beigelegt.

**Zu TOP 4 Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2009
hier: Fahrräder für den freiwilligen Polizeidienst**

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob es möglich ist, aus dem Bestand der Fundfahrräder beim Fundamt der Stadt Rosbach vor der Höhe, diese für den freiwilligen Polizeidienst zur Verfügung zu stellen.

Wie bereits im Ältestenrat besprochen, beantragen die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Es folgt die Abstimmung bezüglich der Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	5	5	--	--
FWG	3	3	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	25	25	--	--
TOP 4 an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen				

Zu TOP 5	Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2009 hier: Nachruf für nicht mehr aktive verstorbene Mandatsträger
-----------------	---

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, künftig für alle verstorbenen Mandatsträger, auch für nicht mehr aktive, einen Nachruf der Stadt Rosbach vor der Höhe in der Zeitung zu schalten.

Es folgt die Abstimmung, gemäß Vorschlag des Ältestenrates, auf Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	5	5	--	--
FWG	3	3	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	25	25	--	--
TOP 5 an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen				

**Zu TOP 6 Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009
hier: Gefahrenabwehrverordnung**

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die beigefügte Gefahrenabwehrverordnung über das unbefugte Plakatieren, Beschriften, Bemalen und Besprühen an öffentlichen Straße, sowie in öffentlichen Anlagen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden Änderungsantrag:

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Antrag der CDU vorgeschlagene Gefahrenabwehrverordnung wird in § 2 durch einen zusätzlichen Absatz (5) wie folgt ergänzt:

(5)

Zum Zwecke der Wahlwerbung sind von den zugelassenen politischen Parteien oder zugelassenen Wählergruppen die von der Stadt zu errichtenden Plakatflächen zu verwenden. Diese Regelung gilt auch für andere Wahlbewerber bei Direktwahlen nach der Hessischen Gemeindeordnung oder Hessischen Landkreisordnung. Die Aufstellung dieser Plakatflächen ist auf die Zeit von 4 Wochen vor dem jeweiligen Wahltag (ggf. auch Stichwahltag) und 1 Woche nach dem Wahltag befristet.

Es folgt die Abstimmung, gemäß Vorschlag des Ältestenrates, auf Überweisung der Anträge der CDU-Fraktion sowie der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	5	5	--	--
FWG	3	3	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	25	25	--	--
TOP 6 Überweisung der Anträge der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen an den Haupt- und Finanzausschuss beschlossen				

Zu TOP 7	Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.06.2009 hier: Vergabe von Aufträgen, Vergabebeschieunigungserlass
-----------------	--

Text der Anfrage:

Die Hessische Landesregierung hatte in 2007 die Grenzen für die „Freihändige Vergabe von Aufträgen“ angehoben, um damit einen Beitrag zur Stärkung mittelständiger Unternehmen und des Handwerks in der Region zu ermöglichen.

Mit dem Vergabebeschieunigungserlass aus 2009 wurden diese Grenzen nochmals angehoben, um eine unbürokratische Auftragsvergabe zu ermöglichen.

Der Magistrat wird in diesem Zusammenhang aufgefordert mitzuteilen, in welchen Fällen seit 2007 von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde und wie viele Rosbacher Unternehmen in welchem Umfang zum Zuge kamen.

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll beigefügt.

Zu TOP 8	Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009 hier: Skateboard-Anlage
-----------------	---

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob es möglich ist, ob und zu welchen Kosten in Rosbach eine Skateboard-Hohlpiste (sogenannte Halfpipe) errichtet werden kann, und welche Standorte für ein solches Vorhaben geeignet sind.

Es folgt die Abstimmung, gemäß Vorschlag des Ältestenrates, auf Überweisung des Antrages der CDU-Fraktion an den Umwelt- und Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	5	5	--	--
FWG	3	3	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	25	25	--	--
TOP 8 an den Umwelt- und Planungsausschuss überwiesen				

Zu TOP 9	Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009 hier: Erfrischungsgeld für Wahlhelferinnen/Wahlhelfer
-----------------	---

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Erfrischungsgeld für die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer wird auf 35 Euro angehoben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden Änderungsantrag:

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. § 3 (Aufwandsentschädigung) Abs. 1, letzter Spiegelstrich wird wie folgt geändert:

Mitglieder des Wahlausschusses und der Wahlvorstände bei Stadtwahlen, Ortsbeiratswahlen, Wahlen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, Ausländerbeiratswahlen und Bürgerentscheiden Euro 35,00

2. Nach § 3, Abs. 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

(2) Sofern die Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Wahlausschusses und der Wahlvorstände bei Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Wahlen zum Europaparlament nach den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften niedriger ist als Euro 35,00, wird die Aufwandsentschädigung von der Stadt Rosbach bis zum Betrag von insgesamt Euro 35,00 aufgestockt.

3. § 3, Absätze (2) bis (5) werden neu nummeriert zu § 3, Absätze (3) bis (6).

Es folgt die Abstimmung, gemäß Vorschlag des Ältestenrates, auf Überweisung der Anträge der CDU-Fraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	5	5	--	--
FWG	3	3	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	25	25	--	--
TOP 9 an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen				

Zu TOP 10	Antrag der SPD-Fraktion vom 23.06.2009 hier: Resolution: Keine Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches
------------------	--

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe spricht sich gegen die von der hessischen CDU/FDP - Landesregierung in der jetzt vorgelegten Fassung des Finanzplanes vorgesehene Kürzung des Landesanteiles um 400 Millionen € im kommunalen Finanzausgleich ab dem Jahr 2011 aus.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

Antragstext:

Wir fordern die Landesregierung auf, die Landes- und Kommunalfinanzen im Zusammenwirken zukunftsfest auszugestalten und sich für eine nachhaltige Reform der kommunalen Finanzierungsquellen einzusetzen.

Der kommunale Finanzausgleich muss wieder seine Hauptfunktion erfüllen und alle Kommunen entsprechend der ihnen übertragenen Aufgaben finanzieren. Dazu gehört, dass der demografische Wandel und die unterschiedliche Sozialstruktur der Kommunen angemessen berücksichtigt werden.

Statt einem unsystematischen singulären Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich wird die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunalverbänden und dem Landkreistag Wege aus der Verschuldung der Kommunen hin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu entwickeln und umzusetzen.

Die Fraktion CDU stellt folgenden Antrag:

Antragstext:

1.

Die Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, den Hessischen Städte- und Gemeindebund zu bitten, das Gesprächsangebot der Landesregierung über die Finanzausstattung der Kommunen anzunehmen und den sachlichen Dialog weiter fortzuführen.

Ziel muss es sein, eine für das Land Hessen und die kommunale Familie sachgerechte Lösung zu finden, die die hessischen Spezifika ausreichend berücksichtigt. Konfliktstrategien und Konfrontationen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung lösen das Problem nicht.

2.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, sich für eine umfassende Reform des Länderfinanzausgleichs einzusetzen. Eine Verringerung der Belastungen durch den Länderfinanzausgleich ist auch im Interesse der Hessischen Kommunen.

Die FDP-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Nach ca. 5 Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Die Fraktionen der SPD, FWG, puR, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Stadtverordneten Helge Welker verfassen eine gemeinsame Resolution aus den beantragten Resolutionen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Gemeinsame Resolution der Fraktionen SPD, FWG, puR, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und des Stadtverordneten Helge Welker:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe spricht sich gegen die von der hessischen Landesregierung in der jetzt vorgelegten Fassung der Finanzplanes vorgesehene Kürzung des Landesanteiles um 400 Millionen € im kommunalen Finanzausgleich ab dem Jahr 2011 aus.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Landes- und Kommunalfinanzen im Zusammenwirken zukunftsfest auszugestalten und sich für eine nachhaltige Reform der kommunalen Finanzierungsquellen einzusetzen.

Der kommunale Finanzausgleich muss wieder seiner Hauptfunktion erfüllen und alle Kommunen entsprechend der ihnen übertragenen Aufgaben finanzieren. Dazu gehört, dass der demografische Wandel und die unterschiedliche Sozialstruktur der Kommunen angemessen berücksichtigt werden.

Statt einem singulären Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich wird die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunalverbänden und dem Landkreistag Wege aus der Verschuldung der Kommunen hin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu entwickeln und umzusetzen.

Die Resolution der CDU-Fraktion bleibt wie beantragt bestehen.

Es folgt die Abstimmung über die Resolution der CDU-Fraktion.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	7	--	1
SPD	5	--	5	--
FWG	3	--	3	--
puR	3	--	3	--
FDP	2	--	2	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	--	2	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	--	1	--
Summe	24	7	16	1
TOP 10 Resolution der CDU-Fraktion abgelehnt				

Es folgt die Abstimmung über die gemeinsame Resolution der Fraktionen der SPD, FWG, puR, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und des Stadtverordneten Helge Welker.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	--	7	1
SPD	5	5	--	--
FWG	3	3	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	24	16	7	1
TOP 10 Resolution der Fraktionen der SPD, FWG, puR, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und des Stadtverordneten Helge Welker beschlossen				

Zu TOP 11	Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.06.2009 hier: Situation Tennis-Center Rosbach
------------------	--

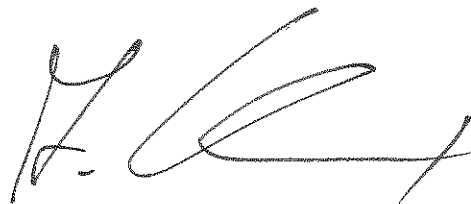
Anfrage der SPD-Fraktion:

1.
Wer verwaltet die Insolvenz bzw. wer ist momentan Eigentümer des Geländes?
2.
Wie kann eine weitere Verwahrlosung verhindert werden? Welche Möglichkeiten stehen hierbei der Stadt zur Verfügung?
3.
Ist eine anderweitige Nutzung geplant und denkbar?
4.
Welche Nutzungsmöglichkeiten sieht der Bebauungsplan für das Gelände vor?

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll beigelegt.



Annegret Hafner
Stadtverordnetenvorsteherin



Andreas Kraus
Schriftführer

Mitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung am 07. Juli 2009

- Nach den Grundsatzbeschlüssen unserer Stadtverordnetenversammlung vom 31. März und 21. April 2009 zur Sanierung und zum Umbau der Wasserburg in Nieder-Rosbach zur Dorfgemeinschaftseinrichtung sowie zur Dorfplatzgestaltung hat der Magistrat umgehend die entsprechenden Fördermittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes beantragt.

Der entsprechende Bewilligungsbescheid ging dann auch kurzfristig ein, zwischenzeitlich konnten die entsprechenden Verträge mit der Landestreuhandstelle Hessen abgeschlossen werden.

Der Zuschuss für die Bundesmaßnahme beträgt rund 200.000,00 €, darüber hinaus wurden Rahmenkreditverträge (Bundesmittel) über 66.852,00 € sowie Landesmittel 865.075,00 € abgeschlossen.

Die Verträge haben jeweils eine Laufzeit von 30 Jahren, die Zinsen beider Darlehensverträge trägt der „Kommunale Finanzausgleich“.

Zum weiteren Verfahrensstand:

Die Bauabteilung ist zurzeit dabei, mit dem beauftragten externen Planungsbüro genehmigungsfähige Bauanträge für die Wasserburg, den Abriss der Schule und die Außenanlagen zu erarbeiten.

Die Fertigstellung und Inbetriebnahme beider Projekte muss bis zum Jahresende 2010 sichergestellt werden, da ansonsten die Fördermittel gefährdet sind.

Damit sind die Maßnahmen noch im Jahr 2009 zu beginnen.

- Der Vertrag zum Einsammeln des Rosbacher Abfalls läuft zum Jahresende 2010 aus. Damit sind erste vorbereitende Arbeiten zur grundsätzlich vorgesehenen gemeinsamen Ausschreibung der Gemeinden im Wetteraukreis in Angriff zu nehmen.

Nach Ansicht des Abfallwirtschaftbetriebes des Wetteraukreises ist erneut eine kreisweite Ausschreibung sinnvoll, hierbei sind aber größtmögliche Standardisierungen der Behältergrößen und der Abfallabfuhrhythmen vorzusehen.

Mit weiteren Einsparungen gegenüber den derzeitigen Entgeltsätzen ist nicht zu rechnen, es sei denn, die vom Unternehmen zu erbringende Dienstleistung soll weiter reduziert werden. Dies bietet sich jedoch nicht an. Der Magistrat wird das Verfahren im Herbst mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb betreiben.

- Im Rahmen des bundesweiten Streikes der Gewerkschaft Verdi zur Verbesserung der Vergütung der Erzieherinnen der Kindertagesstätten sowie des Gesundheits-

schutzes in den Einrichtungen haben insgesamt 17 Rosbacher Erzieherinnen an bis zu zehn Streiktagen teilgenommen.

Entsprechende Gehaltskürzungen in Höhe von rund 8.400,00 € wurden vorgenommen. Die Einrichtungen mussten in Rosbach nicht geschlossen werden. Mittels Überstunden und einem leicht reduzierten Betreuungsangebot konnten alle Einrichtungen in Betrieb bleiben.

- Verfahrensstand Südumgehung:

Die Planfeststellung ist bekanntlich rechtskräftig, die Grundstücke für die Umsiedlung des Steinkauzes konnten im Frühjahr 2009 erworben werden, die Bepflanzungsmaßnahmen für diese Grundstücke sind jetzt für den Spätherbst 2009 vorgesehen.

Der allgemeine Grunderwerb für die eigentliche Trasse, eingebettet in ein Flurbereinigungsverfahren, läuft seit Frühjahr 2009. Die benötigten Grundstücke konnten von den Mitarbeitern der Liegenschaftsverwaltung der Stadt Rosbach weitestgehend erworben werden.

Im Rahmen des nachgeschalteten Flurbereinigungsverfahrens können jetzt die Flächen für die eigentliche Straßentrasse im Rahmen von vorgezogenen Besitzanweisungen bereitgestellt werden.

Die Finanzierung der eigentlichen Straßenbaumaßnahme ist ebenfalls in trockenen Tüchern. In einem Gespräch Ende April 2009 im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung konnte ein Durchbruch erzielt werden.

Der Bau der Ortsumgehung wird in mehrere Finanzierungsabschnitte eingeteilt. „Damit wird es ermöglicht, mit der Förderung eines ersten Bauabschnittes im Jahr 2010 zu beginnen“, so der Staatssekretär in einem Schreiben an die Stadt.

Als erster Bauabschnitt mit eigenem Verkehrswert wird die Strecke von der B455 bis zur Einfahrt Dieselstraße als geeignet angesehen. Die weiteren Bauabschnitte schließen sich dann direkt an.

In der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause wird sich das Gremium mit dem ergänzenden Vertrag zwischen Kreis und Stadt befassen können, ein entsprechender Verwaltungsentwurf wurde bereits erarbeitet.

- Nach entsprechenden Magistratsbeschlüssen wurden die nachstehende Grundstücksgeschäfte getätigt:

- Verkauf des Baugrundstückes Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 1, Nr.: 1765/4, Hainerweg, 478 m², Kaufpreis 145.520,00 € inklusive aller Beiträge
- Verkauf des Ackergrundstückes Gemarkung Rodheim, Flur 10, Nr.: 12, 2.782 m² an den Wetteraukreis, Kaufpreis 3,75 pro m², Gesamt damit 10.432,50 €

- Kreditaufnahmen:
 - Nach einem entsprechenden Magistratsbeschluss hat die Verwaltung ein anteiliges Darlehn von 400.000,00 €, Zweck bestimmt zur Sanierung der Wasserburg Nieder-Rosbach vom Hessischen Investitionsfonds abgerufen. Das Darlehn wird zinsfrei kurzfristig ausgezahlt.
 - Darüber hinaus hat der Magistrat beschlossen, sich einen Kreditrahmen in Höhe von 1,5 Millionen für die Zwischenfinanzierung investiver Maßnahmen zu den Konditionen des bestehenden Kassenkredites für einen Zeitraum von vorerst 3 Monaten einräumen zu lassen.

Im Rahmen des bestehenden Vertrages wird ein Stufenzinssatz gezahlt, er beträgt zurzeit bei einem Volumen von über einer Millionen Euro 1,19 %.

Im Laufe des Spätherbstes 2009 / Frühjahrs 2010 muss dann darauf geachtet werden, dass die jetzt zu tätigen Investitionen über langfristige Kredite abgesichert werden.

- In den letzten Magistratssitzungen wurden die nachstehenden Aufträge vergeben:
 - Sanierung der Heizungszentrale in der Adolf-Reichwein-Halle, Gesamtauftrag 43.100,00 €
 - Abbruch, Entkernung, Schadstoffsanierung und Gründung zum Bau der Kindertagesstätte Bergstraße, Auftragssumme 182.100,00 €
 - Architektenleistungen zur Objektüberwachung (Bauüberwachung) Umsetzung der Maßnahme Kindertagesstätte Bergstraße, der Auftrag erfolgt auf Grundlage der HOAI, bei der aktuellen Kostenschätzung ergibt sich eine Auftragssumme von 112.200,00 €
 - Erstellung des Bebauungsplanes „In den Seibelsgärten“ Auftragssumme 11.900,00 €
 - Bauleitplanung für die weiteren Gartengebiete „Auf dem Riedgraben, Am Kreppensteg und Am Petersmühlweg“ Gesamtauftragssumme 35.200,00 €

- Informationen zum Stand der Erweiterung der Betreuungsangebote der Kinderhorte und Betreuungsschulen:
 - Auf dem Gelände der Erich-Kästner-Schule / Rodheim werden der städtische Kinderhort und die privatrechtliche organisierte Betreuungsschule räumlich zusammengeführt.

Ab der Sommerpause 2009 wird die Betreuungsschule etwa 60, der städtische Hort bis zu 50 Kinder auf dem Gelände der Schule betreuen.

Die Betreuungszeiten des Hortes werden ab diesem Termin flexibilisiert, Zeiten von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr im Nachmittagsbetrieb werden ange-

boten, die tageweise Betreuung wird ermöglicht, die derzeitigen Gebührensätze wurden entsprechend angepasst.

Den Eltern wird darüber hinaus die Möglichkeit von „Zukaufstunden“ für einzelne Tage gegeben.

Die Betreuung im Hort kostet maximal für den Gesamttag monatlich 170,00 €, die Gebührensätze der Betreuungsschule liegen bei maximal 110,00 €.

Das räumliche Angebot vor Ort wird durch die Gestellung eines Containers bis zur Fertigstellung der Anbaumaßnahme ergänzt, die Kosten werden gemeinsam von Stadt und dem Kreis getragen.

Zurzeit ist davon auszugehen, dass die sich bereits in Bau befindliche Mensa im Februar, der Anbau an das eigentliche Schulgebäude für die Erweiterung der Räume der Betreuungsschule / des Kinderhortes im März 2010 fertiggestellt werden.

Ziel ist es nach wie vor, beide, etwa deckungsgleich arbeitende Betreuungseinrichtungen mittelfristig auch organisatorisch und personell zusammen zu führen.

Zu Beginn des neuen Kindergarten / Schuljahres Anfang September 2009 werden vier städtische Erzieher/innen ihren Dienst in den neuen Räumen der Erich-Kästner-Schule aufnehmen.

Rechtszeitig vor der Sommerpause 2010 wird der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung ein Zwischenbericht über das weitere Angebot vorlegen.

- In den Räumen der Kapersburgschule / Rosbach werden ab der Sommerpause 2009 insgesamt 75 Kinder von der Betreuungsschule Rosbach betreut. Angeboten wird eine Betreuungszeit bis 15:00 Uhr darüber hinaus für alle interessierten Familien / Kinder eine Mittagsversorgung.

Das Angebot des Betreuungsvereines wird für Rosbach ergänz durch 25 Hortplätze in der Einrichtung Taunusblick.

Mittelfristig müssen auch diese beiden Angebote zusammengeführt werden.

Die Schule hat bekanntlich bereits einen Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule gestellt.

- Jetzt noch letzte Informationen zum Verfahrensstand Sportzentrum Rodheim:

Der Bebauungsplan für das neue Sportzentrum ist rechtskräftig, die Baugenehmigung für sämtliche Außengeländeflächen einschließlich Großsportplatz und Juniorspielfeld liegt vor.

Damit kann umgehend mit dem Bau der Sportanlagen begonnen werden.

Konkret heißt dies, ab Ende Juli 2009 wird mit dem Bau des eigentlichen Großspielfeldes begonnen. Der Platz wird so rechtzeitig eingesät, dass ein Anwachsen im laufenden Jahr sichergestellt wird.

Der Spielbetrieb kann damit kurz vor den Sommerferien 2010 aufgenommen werden, ganz real heißt dies, die Vorrunde 2010/2011 läuft im neuen Sportzentrum. Ein Verkaufskiosk muss jetzt noch parallel geplant und gebaut werden.

Die SG Rodheim verfügt nach wie vor noch nicht über die Bewilligungsbescheide zur Finanzierung des Juniorenspielfeldes sowie ihrer Räumlichkeiten in der Halle.

Hier gilt es, baldmöglichst entsprechende Gespräche im Ministerium zu führen um ebenfalls zu einem zügigen Baubeginn - noch im laufenden Jahr - zu kommen.

Hinsichtlich der eigentlichen Dreifeldhalle liegt das Konzept des Passivhausinstitutes Darmstadt vor.

Erforderliche Abstimmungen mit dem Verein sowie dem Wetteraukreis müssen erfolgen, nach den Sommerferien sind damit die Beteiligungsverfahren der Gremien zu erwarten.

Die formale Auftragsvergabe für den Bau des Großspielfeldes hat der Magistrat in seiner Sitzung am 30. Juni 2009 beschlossen.

Das Großspielfeld einschließlich der Pflanzmaßnahmen für die Gesamtanlage, der Zaunmaßnahmen für die Gesamtanlage, der Be- und Entwässerung auf dem Gelände sowie der Flutlichtanlage kostet 780.000,00 € pauschal.

Rosbach v.d.Höhe, den 07. Juli 2009


Brechtel
Bürgermeister

7.7.09
